

15. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

145. Sitzung Mittwoch, 09. Dezember 2015, 09:00 Uhr

TOP 2

Aktuelle Debatte

Grün-rote Verkehrspolitik

schadet unserem Land massiv!

Rede von

Nicole Razavi MdL

Vorsitzende Arbeitskreis Verkehr und Infrastruktur

der CDU-Landtagsfraktion

Es gilt das gesprochene Wort.

Abg. Nicole Razavi CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Baden-Württemberg ist nicht mehr Autoland. Das hat unser Verkehrsminister schon mehrfach gesagt. Das ist es, wovon der Verkehrsminister von Baden-Württemberg wohl träumt. Er versucht alles, was in seiner Macht und eben auch nicht in seiner Macht steht, um das zu erzwingen – Gesetzeslage hin oder her.

Aber im Gegensatz zu Ihnen und im Gegensatz zu den Grünen bekennt sich die CDU zum Automobilland Baden-Württemberg, nicht nur weil unser Wohlstand von seiner Weiterentwicklung abhängen, sondern weil das Auto auch in Zukunft das zentrale Verkehrsmittel im Land sein wird, auch mit dem Ausbau des ÖPNV.

Sie, Herr Minister, haben dem Auto und den Autofahrern Ihren Kampf angesagt. Was der Bürger von Ihrer Bevormundungspolitik hält, das sollten Sie allerdings spätestens seit dem Veggie-Day wissen. Ich sage Ihnen ganz klar: Unsere Freiheit ist uns wichtiger als Ihre Gängelerei.

Aber was ein echter Überzeugungstäter ist, der bleibt halt dabei. Die Liste der Grausamkeiten ist lang: Abgasschnüffelei mit Hermanns Messkommando, Fahrbahnverengungen, City Maut, blaue Plakette und Fahrverbote, gerade und ungerade Autokennzeichen, aus denen hervorgeht, wer hereinfahren darf oder auch nicht, mindestens zwei Personen pro Auto, frei nach Guido Wolf: Die Schaufensterpuppenindustrie freut sich. Das Auto – Herr Minister, das sagen Sie, und das denken Sie – samt Fahrer muss weg. Und bist du nicht willig, so brauche ich eben Gewalt. – Das ist unser verkehrspolitischer Erbkönig in Baden-Württemberg.

Wie die Menschen zum Arzt kommen oder wie sie zur Arbeit kommen, das ist Ihnen gelinde gesagt schlicht und ergreifend egal. Sie erteilen mit Ihren Fahrverboten quasi Arbeitsverbote. Sie bauen den ÖPNV aber eben auch nicht aus und lehnen den Cityring um Stuttgart ab. Das heißt, Sie sagen auch nicht, wo der Verkehr dann hin soll, wenn Sie die Autos verdrängen und Fahrverbote erteilen. Ihre Lehre, Herr Minister, „man muss den Verkehr nur verbieten, um ihn zu vermeiden“, ist eine Irrlehre.

Dass sie die Regelfetischisten der Nation sind, beweisen die Grünen, wie der FOCUS am 4. Dezember schrieb, bei einem ganz aktuellen Thema: Tempo 120 auf Autobahnen. Zitat Focus: „Die Grünen dokumentieren in diesen Tagen mal wieder lebhaft, wie sehr ihre Politik von Ideologie geleitet ist.“

Tempo 120 auf 80 Kilometer auf der A 81 und der A 96 über vier Jahre unter dem Vorwand eines Modells. Herr Minister, dieser Versuch ist fadenscheinig und eben durchsichtig.

Der Focus – ich zitiere weiter – schreibt:

„Und man kann getrost davon ausgehen, dass die grün-rote Landesregierung darauf setzt, damit eine Dauereinrichtung zu schaffen – und darüber hinaus den Einstieg für eine bundesweite Geschwindigkeitsbegrenzung.“

Herr Minister und meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, so sehen wir das auch: Das ist ein generelles Tempolimit durch die Hintertür und sonst nichts. Und das tun Sie, obwohl die Länder überhaupt gar keine Befugnis zur Gesetzgebung dafür haben und obwohl in der Straßenverkehrsordnung ausdrücklich keine verbindliche Höchstgeschwindigkeit für Bundesautobahnen angeordnet wurde. Das ist eine klare Entscheidung des Gesetzgebers gegen das Tempolimit.

Zur Erklärung, es gibt zwei Möglichkeiten für ein Tempolimit. Erstens gibt es das besondere Tempolimit. Dafür brauchen Sie aber einen punktuellen Streckenabschnitt und einen besonderen Grund, entweder Gefahrenlage, Gefälle oder Lärm etc. Gescheitert sind Sie bei diesem Thema schon allein wegen der langen Streckenlänge von 80 Kilometern, einmal 48 Kilometer und einmal 32 Kilometer auf der A 81. Es fehlt eben an solchen konkreten Gründen über die ganze Strecke hinweg, und das sagen Sie auch selbst. Würden diese punktuellen Gründe aktuell vorliegen, hätten Sie die Straßenschilder nach der StVO schon längst aufstellen können, nämlich in Geisingen und in Leutkirch. Aber, Herr Lucha, das wissen Sie gar nicht. Das ist also ein ziemlich gescheiterter Versuch, den Wahlkreisabgeordneten Wolf hier als Kronzeugen vorzuführen. Der hatte sich nämlich für einen punktuellen Lärmschutz an der A 81 auf einem kurzen Abschnitt bei Geisingen eingesetzt, und das hätten Sie längst umsetzen können.

Und Sie, Herr Lucha, können sich eben nicht auf den Petitionsausschuss berufen. Denn der hatte den Minister am 16. Oktober keineswegs aufgefordert, auf der A 96 auf 48 Kilometern ein Tempolimit umzusetzen, sondern ihn aufgefordert, auf den Bund zuzugehen, um einen zweijährigen Modellversuch auf einem deutlich kürzeren Abschnitt, nämlich nur 20 Kilometer, zu erreichen. Also: Unser Verkehrsminister missbraucht sogar den Beschluss des Petitionsausschusses. Er hat etwas ganz anderes gemacht, und zwar ohne Rücksprache mit dem Bund. Viel schlimmer, meine Damen und Herren: Er missbraucht damit auch die Interessen

der Menschen für ein grünes allgemeines Tempolimit. Sie setzen sich eben gerade nicht für die Interessen der Menschen ein.

Wenn der Minister auf 80 Kilometern jetzt einen Modellversuch macht, dann kann es sich nur um die Erprobung eines allgemeinen Tempolimits handeln. Das ist aber überhaupt nicht zulässig, weil der Gesetzgeber, wie wir vorhin gehört haben, ein solches bundesweites Tempolimit für unzulässig erklärt hat. Die Rechtslage ist also eindeutig, Herr Minister. Sie können kein allgemeines Tempolimit installieren und auch keines auf 80 Kilometern.

Dann kommt es eben, wie es kommen musste: Wer mit dem Kopf durch die Wand will, bekommt die rote Karte oder den blauen Brief vom Bundesverkehrsminister sowie die rechtliche Belehrung. Ich zitiere aus dem Brief des Bundesverkehrsministers, der von Ihrem Ansinnen wohl nur aus der Zeitung erfahren hat. Sie reden also auch gar nicht mit Berlin, aber das tun Sie in anderen Angelegenheiten ja auch nicht. Ich zitiere aus dem Brief vom 25. November:

„Auf Nachfragen meiner Fachabteilung in Ihrem Hause konnte bislang nicht in Erfahrung gebracht werden, auf welche Ermächtigungsgrundlage diese Versuche konkret gestützt werden sollen. Deshalb erlaube ich mir, Ihnen die Rechtslage zu erläutern:“

Dann folgt die Erläuterung. Zum Schluss folgt der Satz von Minister Dobrindt:

„Vor diesem Hintergrund sehe ich für die von Ihnen geplanten Modellversuche keine Rechtsgrundlage. Ich bitte daher, von diesem Ansinnen Abstand zu nehmen.“

Sie haben dann gesagt: Ich mache es trotzdem. Wer Focus-Online heute schon gelesen hat, konnte lesen, was Minister Dobrindt heute dazu sagt:

„Ein generelles Tempolimit auf Autobahnen ist mit mir nicht zu machen. Bei meinem Verkehrsminister-Kollegen Winni Hermann von den Grünen kann man den berechtigten Verdacht haben, dass er versucht, auf diesem Wege eine dauerhafte Geschwindigkeitsbegrenzung durchzusetzen. Das werden wir von Bundesseite nicht akzeptieren. Der von Baden-Württemberg angekündigte vierjährige Versuch, eine Höchstgeschwindigkeit von 120 km/h auf 80 Kilometern Strecke einzuführen, wird von mir nicht genehmigt.“

Bums! – Also, das sitzt, Herr Minister. Aber der Mann scheint Sie gut zu kennen. Ich glaube aber vielmehr, dass Sie ganz genau wissen, dass es so ist, dass Sie das alles nicht dürfen. Sie

wissen, dass Sie sich in einem rechtsfreien Raum bewegen. Deswegen beginnt dieser Modellversuch ja auch erst – man wundert sich – im Mai 2016, also nach der Landtagswahl, wenn Sie, Herr Minister, also schon gar nicht mehr im Amt sind.

Also liegt der Schluss nahe, dass es sich bei dem ganzen Ansinnen nur um einen Wahlkampf-gag handelt. Sie bedienen sich also sozusagen der grünen Seele mit urgrünen Themen – fünf Jahre Tricksen, Tarnen und Täuschen, Herr Minister Hermann. Das ist ein weiteres Kapitel.

Jetzt hat der Kollege von der FDP/DVP, der Herr Haußmann, ja schon einiges zur OBU gesagt. Was für ein Eigentor! Chaos zwischen SPD und Grünen. Ihre Gutachter bescheinigen Ihnen Versagen auf der ganzen Linie. Sie müssen sich vom eigenen Gutachten distanzieren. Dabei haben Sie fünf Jahre lang die Hände in den Schoß gelegt.

Ich kann nur sagen: Überall haben Sie die Geister gerufen, die Sie jetzt einholen. Überall haben Sie gezündelt, ein Riesenchaos angerichtet. Sie wollten vor der Landtagswahl ein Riesenfeuerwerk mit grüner Verkehrspolitik losjagen. Das Dumme ist nur: Die ganzen Raketen explodieren jetzt in Ihrer eigenen Hand.